

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

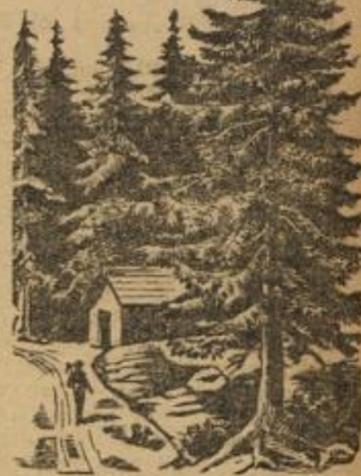
mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Bezugpreis monatlich 90 Bg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,35 M. in Mürrenberg 2,6 M. vierteljährlich diese Beträge 30 Bg.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei (Inhaber: G. Reinhardt), für die Redaktion verantwortlich: G. Flum Wildbad.

Anzeigen 12 Bg., von auswärts 16 Bg. die Petitzeile oder deren Raum. Reklame 25 Bg. die Petitzeile.

Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bg.

Nr. 134

Mittwoch, den 1. Juni 1919

36. Jahrgang.

Die Abänderungsarbeit am Friedensvertrag.

Die neuesten Berichte und Vermutungen der feindlichen und neutralen Zeitungsberichterstattung in Paris, lassen trotz mancherlei Widersprüchen doch erkennen, daß der feindliche Verband sich über gewisse Änderungen in den Friedensbedingungen zu einigen im Begriff ist. Es tritt das Bestreben hervor, den deutschen Bevollmächtigten die Umgestaltung des Vertrags nicht unmöglich zu machen. Aber die Frage bleibt offen, ob die durch taumelnde Interessenkonflikte, Kompromisse und persönliche Anzulänglichkeiten gefesselten feindlichen Staatsmänner den deutschen Lebensnotwendigkeiten soweit Rechnung tragen werden, daß die Unterzeichnung möglich wird. Man scheint zu der Ausflucht greifen zu wollen, den Wortlaut des Vertrags unverändert zu lassen, ihn jedoch durch einen hinzugefügten Anhang, der einige der deutschen Einwendungen berücksichtigt, abzuschwächen. Zu diesem Zusammenhang ist übereinstimmend die Rede von Überschieben. Ferner sollten für die von Deutschland zu übernehmende Entschädigungsvspflichtung festere Grenzen gezogen und die Befugnisse der feindlichen Ueberschuldungskommission enger begrenzt werden. Französische Wünsche suchen diese Zugeständnisse wieder zunichte zu machen, indem sie die Entschädigungssumme auf die Höhe von über 200 Milliarden schrauben wollen. Andeutungen, daß man Deutschland eine koloniale Betätigung ermöglichen wolle, wiederholen sich. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund soll für den Herbst in Aussicht genommen werden. Gegen englische Vorschläge einer zeitlichen Einschränkung der Besetzung der Rheinlande scheint sich der französische Widerspruch noch zu behaupten. Da alle diese Widerungen abhängig gemacht werden sollen von der fortwährenden Erfüllung der Deutschland auferlegenden Verpflichtungen, so hängt ihr Wert für uns ganz davon ab, ob diese Verpflichtungen eben nicht derart sein werden, daß sie beim besten Willen sich als unerfüllbar erweisen werden.

Amsterdam, 9. Juni. „Newport Sun“ meldet, daß die Lage hinsichtlich der Abänderungen im Friedensvertrag beständig wechselt. Die Neigung, eine endgültige Entschädigungssumme festzusetzen, wächst. Die Franzosen bestehen auf mindestens 50 Milliarden Dollar (210 Milliarden Goldmark), die Engländer sind für 10 Milliarden und die Amerikaner wollen nicht über 30 Milliarden gehen. Es wird erwartet, daß die Amerikaner den ganzen Sommer über in Paris bleiben. Der Präsident hofft, gegen den 1. Juli nach Washington zurückzukehren.

London, 10. Juni. „Daily Mail“ in London nebelt aus Paris: Die Antwort an Deutschland soll 30 eng beschriebene Seiten umfassen.

Der Staatsgerichtshof.

Der Staatenausschuß hat den Gehörten über die Errichtung eines Staatsgerichtshofs angenommen. Es wird darin bestimmt:

Die Nationalversammlung bildet aus ihrer Mitte einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Untersuchung der Vorgänge in der politischen und militärischen Leitung des Reichs, die zum Ausbruch, zur Verlängerung oder zum Verlust des Kriegs beigetragen haben. Die Reichsregierung hat dem Ausschuß die von ihm bezeichneten Urkunden und Akten zur Verfügung zu stellen. Hält der Ausschuß eine Person, die vermöge ihrer Stellung im öffentlichen Leben in der Lage war, Einfluß auf die Politik des Reichs zu nehmen, für verdächtig, zu dem Ausbruch, der Verlängerung oder dem Verlust des Krieges schuldhaft beigetragen zu haben, so eröffnet er gegen sie das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof.

Der Staatsgerichtshof wird bei dem Reichsgericht gebildet. Er besteht aus 15 Mitgliedern mit Einfluß des Vorsitzenden. Vorsitzender ist der Präsident des Reichsgerichts, Beisitzer sind die Präsidenten des Reichsmilitärgerichts, des Preussischen Obergerichtspräsidenten, des Bayerischen Obergerichtspräsidenten und des Oberlandesgerichts Hamburg. Die fünf Gerichtspräsidenten werden in Folge der Behinderung durch ihre amtlichen Stellvertreter ersetzt. Die übrigen 10 Mitglieder und ihre 10 Stellvertreter werden je zur Hälfte von der National-

versammlung und vom Staatenausschuß gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der nicht Mitglied einer der beiden Körperschaften ist. Der Spruch des Staatsgerichtshofs ergibt auf Grund einer öffentlichen und mündlichen Verhandlung.

Zu der Verhandlung ist der Beschuldigte zu laden; bleibt er aus, so kann ohne ihn verhandelt oder seine Vorführung verfügt werden. Im Spruch des Staatsgerichtshofs ist festzustellen, ob die zur Verantwortung gezwungene Person ein Verbrechen trifft, ob ein solches Verbrechen nicht erwiesen oder ob die Nichtschuld erwiesen ist.

Zu der Begründung des Gesetzes wird auf die beschränkte Möglichkeit eines vollständigen Urteils hingewiesen. Ein Gerichtshof könnte heute zu den Fragen jedenfalls nur dann ein abschließendes Urteil geben, wenn ihm die Archive aller am Krieg beteiligten Völker zur Verfügung stehen. Die Reichsregierung habe deshalb versucht, die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zu erwirken. Der Plan sei aber bei unseren Gegnern auf entschiedene Ablehnung gestoßen. Die Reichsregierung halte sich gleichwohl für verpflichtet, was an ihr liegt, zu tun, um die Wahrheit ans Licht zu bringen. Sie hat sich entschlossen, der Nationalversammlung als der Trägerin der Volkssouveränität die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses als des politischen Anklägers vorzuschlagen. Die endgültige Entscheidung über die Schuldfrage erfolge durch einen unabhängigen, von Staatsgerichtshofen von der Nationalversammlung und dem Staatenausschuß sicherzustellen, sei bestimmt, daß Mitglieder dieser beiden Körperschaften bei der Entscheidung über die Schuldfragen nicht mitwirken dürfen. Als einzige Straffolge des Schuldspruchs sei die dauernde Unfähigkeit des Schuldigen vorgehoben, öffentliche Ämter zu bekleiden und in öffentliche Körperschaften gewählt zu werden. Das deutsche Volk müsse davor bewahrt bleiben, daß Männer, die an seinem Schicksal mitschuldig sind, wieder zu Amt und Würden kommen oder sonst politischen Einfluß erlangen.

Berlin, 9. Juni. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Durch ein Versehen ist das Gesetz über den Staatsgerichtshof am 7. Juni in der feilher schon veröffentlichten Fassung anstatt in der nunmehr in Uebereinstimmung der Reichsregierung mit dem Staatenausschuß festgestellten Form veröffentlicht worden. Der jetzt geltende und der Nationalversammlung zugegangene Entwurf enthält nicht die Bestimmungen über die Rechtsfolgen einer Verurteilung durch den Staatsgerichtshof, sondern beschränkt dieselben vielmehr auf ein Feststellungs-



Neues vom Tage.

Die Nationalversammlung in Weimar.

Berlin, 10. Juni. Die Nationalversammlung wird nach Weimar nach Berlin, wie zuerst gemeldet wurde, einberufen werden. Die Mehrzahl der Reichsminister begeben sich am Mittwoch nach Weimar.

Dr. David über den Friedensvertrag.

Paris, 10. Juni. Der Berliner Berichterhatter des „Temps“ wurde von Reichsminister Dr. David empfangen, der ihm erklärte, es gebe innerhalb des deutschen Kabinetts keinerlei Meinungsverschiedenheit in der Frage der Nichtunterzeichnung der gegenwärtigen Friedensbedingungen. Wir wissen, daß wir uns den militärischen Maßnahmen der Entente nicht widersetzen können, aber andererseits wissen wir auch, daß man das deutsche Volk nicht vernichten kann und daß die Entente uns ihre Bedingungen nicht gewalttätig aufzwingen kann. Wenn wir unterzeichnen, verurteilen wir uns und unsere Nachkommen zu langer Sklaverei. Wenn wir nicht unterzeichnen, dann werden Blockade und andere Maßnahmen der Entente unfehlbar Unruhen herbeiführen, welche das Ende der europäischen Zivilisation bedeuten können. Der deutsche Gegenvorschlag gehe bis an die äußerste Grenze dessen, was Deutschland ertragen und erfüllen könne.

Keine Neutralität.

Berlin, 10. Juni. Die „Freiheit“ (Unabhängig) veröffentlicht wieder einen Gemeinbescheid, worin es heißt: Nach Mitteilungen des Generalkommandos kann mit neuen Unruhen in Berlin gerechnet werden. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Heeresangehörige zur Verteidigung ihrer Kasernen verpflichtet sind. Wer sich dieser Verpflichtung entzieht, geht aller ihm aus seiner Stelle erwachenden Rechte und Ansprüche verlustig. Neutralitätsdeklarationen werden von der Regierung keineswegs anerkannt werden, vielmehr hat die Reichswehr Befehl, gegen „neutrale“ Kasernen als Feinde vorzugehen. Ihre Besatzungen werden nach Kriegrecht behandelt werden.

Erhöhung der Viehpreise.

Berlin, 10. Juni. In einer gemeinsamen Sitzung des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses der preussischen Landesversammlung wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien beschließen, eine Eingabe wegen Erhöhung der Viehpreise der Regierung zur Berücksichtigung zu überreichen mit dem Ersuchen, bei der Reichsregierung eine sofortige, der Steigerung aller Produktionskosten entsprechende Erhöhung der Schlachtviehpreise zu beantragen.

Holkendorff.

Berlin, 10. Juni. Im Krankenhaus zu Prenzlau starb am Pfingstamstag an den Folgen einer Operation der Großadmiral und Chef der Hochseeflotte a. D. Dennis v. Holkendorff. Während des Weltkriegs übernahm er das Amt des Chefs des Admiralstabs der Marine, welchen Posten er bis zum 1. August 1918 innehatte.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 10. Juni. Der Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei hielt gestern in Weimar eine Sitzung ab. Der Parteivorsitzende Hermann Müller gab einen Uebersicht über die Bedeutung dieses Parteitags. Er teilte mit, Scheidemann werde, falls es zu einem Bericht über die Aufgaben der Partei in der Republik überhaupt kommen sollte, auch die auswärtige Politik mitbehandeln. Zu Vorsitzenden des Parteitags sind Heinrich Schulz-Schpreußen und der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung, Loh-Dresden, anberufen.

Belagerungszustand über Marienburg.

Berlin, 10. Juni. Nachdem in letzter Zeit wiederholt Anschläge auf Artillerielager und militärische Anlagen von Marienburg verübt wurden, ist durch den Kommandierenden General des 17. Armee-Korps über den Kreis Marienburg der Belagerungszustand verhängt worden.

Berlin, 10. Juni. Das polnische Polizeipräsidium in Posen hat jeden Verkauf deutscher Zeitungen und auch den Druck von Familienanzeigen, außer Tagesanzeigen, verboten, angeblich um der deutschen Spionage entgegenzutreten.

Die Lage in München.

München, 10. Juni. Entgegen anders lautenden Berichten herrscht in München vollkommene Ruhe. Jedenfalls ist keine Neigung für einen neuen Putz vorhanden.

München, 10. Juni. Die beiden Vorstandsmitglieder der soz. Partei, Hermann Müller und Weis, haben sich an Ministerpräsident Hoffmann gewandt mit der Bitte, an dem früheren Führer der Roten Truppen in München, Toller, die Todesstrafe nicht zu vollziehen.

Bamberg, 10. Juni. In der vorigen Nacht machten Spartakisten Angriffe auf Wachstationen der Bürgerwehr. Auch auf die Meidenz wurde ein Handgranatengriff verübt, der erfolglos blieb. Unter den in den letzten Tagen Verhafteten befindet sich auch der langgejagte Feldwebel Markuse.

Die Völkervereinigungen.

Paris, 9. Juni. Dasas meldet aus Reg: Eine Vereinigung von 400 Saarbewohnern in Elsaß-Lothringen wurde am Samstag gegründet. Sie verlangt, daß die Saarregion zu Frankreich zurückkehren müsse. Die Vereinigung wird in ganz Elsaß-Lothringen Ortsausschüsse gründen und im ganzen Saargebiet eine rührige Propaganda entfalten. — Dorten habe Wiesbaden nicht verlassen. Er siehe ständig unter militärischem Schutz. Es sei kein Angriff auf den Minister gemacht worden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Höchst a. M., 9. Juni. Landrat Dr. Mauser, Oberbürgermeister Dr. Janke und Beigeordneter Haag haben von dem französischen Militärverwalter Rene Altmeyer die Weisung erhalten, Höchst binnen 48 Stunden zu verlassen.

Deutschrone, 9. Juni. Der Probst Glagel aus Uch rief bei der deutschen Bevölkerung seines Wohnortes durch Ablesen einer auf dem Turm der Frauenburg gehaltenen deutschen Flagge eine detartige Erregung hervor, daß er in Schutzhaft genommen werden mußte. Infolgedessen und mit Rücksicht auf seine wiederholt betätigte deutschfeindliche Propaganda wurde Glagel vom zuständigen Militärbesehlshaber aus dem Grenzgebiete ausgewiesen.

London, 10. Juni. Reuter. Amtlich. Im Bezirk Cuzrats in den meisten ländlichen Bezirken von Gungab (Kroatien) ist am 28. Mai das Kriegrecht erklärt worden.

Fürsorge für die Kriegsgefangenen.

Bern, 10. Juni. Eine Abordnung des Internationalen Roten Kreuzes ist am 5. Juni von Genf nach Athen und Saloniki abgereist, um die Lage der Kriegsgefangenen der Mittelmächte in Griechenland und Mazedonien zu untersuchen und ihnen finanzielle Hilfe zu bringen.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 10. Juni. Wie die Blätter berichten, ist der Ausschuss für den Völkerbund unter dem Vorsitz Wilsons gestern einberufen worden. Die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beherrscht das Interesse der Blätter. Den schärfsten aller bisherigen Artikel veröffentlicht die „Viberte“: Frankreich habe bereits „ungeheure“ Zugeständnisse gemacht und könne nicht weiter gehen. Wenn gegen Frankreichs Willen Deutschland doch in den Völkerbund aufgenommen werde, dann müsse Frankreich austreten.

Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Paris, 10. Juni. Reuter. Clemenceau, Orlando, Robert Cecil und Oberst House haben empfohlen, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, wenn es den Friedensvertrag unterzeichnet, lokal durchführt und eine feste Regierung einsetzt. Die Antwort auf die deutschen Gegenanschläge soll nicht vor dem 13. Juni übergeben werden; den Deutschen werden 5 Tage Frist zur Entscheidung gegeben.

Arbeiterbewegung in Frankreich.

Verailles, 10. Juni. Wie der „Populaire“ meldet, erwägt die Regierung die Beschlagnahme der Pariser U-Bahnlinien, falls der Streik mit den Arbeitern nicht beigelegt werde. „Populaire“ warnt die Regierung vor dieser Maßnahme, die einer Herausforderung gleichkomme.

Streik in Ägypten.

London, 10. Juni. Der „Morning Post“ wird aus Kairo gemeldet, daß in Ägypten die Streiks zunehmen. Das Personal des Suezkanals habe die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. In Port Said soll die Post ausgedrohen sein.

Wilson und der Senat.

Washington, 10. Juni. Reuter. Wilson teilte dem Senat mit, daß es höchst unerwünscht sei, den Wortlaut des Friedensvertrags, über den noch unterhandelt werde und der noch Änderungen unterworfen sei, zu veröffentlichen. Er forderte den Senat dringend auf, eine gründliche Untersuchung darüber anzustellen, wie ein Exemplar des Vertrags in die Hand von Privatversionen gelangen konnte. — Senator Burah legte heute im Senat ein Exemplar des Friedensvertrags vor, das durch einen Zeitungs-Korrespondenten nach Amerika gebracht worden ist. Der Senat ordnete mit 44 gegen 24 Stimmen an, daß der Friedensvertrag als öffentliches Dokument gedruckt werde.

Großes Aufsehen erregt die Veröffentlichung von Auszügen aus dem Friedensvertrag in englischer und französischer Sprache in einer Reihe von amerikanischen Blättern, ehe der Senat auf seine Anfrage an Wilson Kenntnis von dem Wortlaut des Vertrags erhalten hat. Der Berichterstatter der „Chicago Tribune“ behauptet, ein Exemplar des Friedensvertrags in Paris erhalten und sofort nach Amerika gebracht zu haben.

Streitigkeiten in Mittelamerika.

Washington, 9. Juni. Reuter. Nicaragua erbat von den Vereinigten Staaten militärische Hilfe,

um dem von Costarica drohenden Einfall zuvorzukommen.

Sachmännische Schulaufsicht in Preußen.

Berlin, 10. Juni. Die nebenamtlichen Kreis- und Inspektoren, die nicht Fachleute sind, werden vom 1. Oktober ab von ihren Dienstobliegenheiten entbunden. Damit wird die sachmännische Schulaufsicht in Preußen durchweg eingeführt.

Das preuß. Kultusministerium teilt mit, die Nachricht, daß begabte Unteroffiziere ohne Prüfung zu Volksschullehrern ernannt werden können, entspricht nicht den Tatsachen.

Heber Deutsch-Südwest.

London, 10. Juni. Der Pariser Korrespondent der „Daily News“ meldet, es scheint, daß unter vielen Büren in Südafrika eine Abweichung gegen die Annahme des „Mandats“ über Deutsch-Südwestafrika durch die südafrikanische Union herrsche. Die Büren seien dafür, daß Deutschland die Kolonien selbst weiter verwaltet und zwar unter der Aufsicht des Völkerbunds. Auch General Smuts soll für diese Lösung sein.

Baden.

Karlsruhe, 10. Juni. Der Stadtrat beschloß die Bildung eines Hauptauschusses der „Kriegsgefangenenheimkehr“. — Ferner sollen weitere Häuser mit 54 Wohnungen hinter der Lullaschule erbaut werden, wofür beim Bürgerausschuß Anlehenmittel in Höhe von 1529 900 Mk. angefordert werden. — Am 7. Mai ds. Js. betrug die Zahl der Volksschüler (ausschließlich der Fortbildungsschule und der Frauenarbeitschule) 16 694 gegen 16 663 und die Zahl der Klassen 424 gegen 419 zu Beginn des verfloffenen Schuljahres.

Karlsruhe, 10. Juni. Frauen aller Parteien Badens haben an die Frauen der neutralen und feindlichen Länder einen Protest gegen den Gewaltfrieden gerichtet, der nur neuen Haß in neuen Kämpfen münzen müsse.

Mannheim, 10. Juni. Nach Verhandlungen mit den Regierungsbehörden haben die hiesigen Wirte beschlossen, den heute beabsichtigten Streik (Schließen der Wirtschaften und Einstellung des Küchenbetriebs) auf längere Zeit zu vertagen. Sollten die in Aussicht gestellten Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, so wird der beabsichtigte Streik zur Ausführung kommen. Die Freiburger Wirte haben mitgeteilt, daß sie in einen Sympathiestreik eintreten wollen.

Mannheim, 10. Juni. Vier wurde die Ladung von drei Eisenbahnwagen, lauter Dreifachwagen im Wert von über 300 000 Mark, beschlagnahmt. Ein Gärtner in Würzburg hatte die Waren, wohl im Auftrag, vom dortigen Bekleidungsamt gekauft und suchte sie nach Mannheim zu verschleppen.

Mannheim, 8. Juni. Die christlich organisierten Arbeiter der Brown, Boveri u. Cie. haben eine Eingabe an den bad. Landtag gerichtet, in welcher sie Beschwerden führen wegen Kränkung und Verletzung ihrer Staatsbürgerrechte (Koalitionsrecht und Streikverbot) durch sozialdemokratisch organisierte Arbeiter dajelbst und durch Verlagen des angrenzenden badischen Ministeriums. Wie das „N. Mannh. Volksblatt“ mitteilt, hat die Staatsregierung sich grundsätzlich für verpflichtet erklärt, die Kosten der Lohnzahlung für die auf die Straße gesetzten Arbeiter zu übernehmen. Das gen. Blatt erklärt dieses Vorgehen für ungeeignet.

Mannheim, 9. Juni. Dem Gau Südwest des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbands, (Baden und Pfalz), sind im April 831 Gehilfen und 100 Lehrlinge beigetreten.

Heidelberg, 10. Juni. Die hiesige sozial. Partei hat das Hotel Lang (Atrioshof) käuflich erworben. Das Hotel soll zu einem Volks- und Gewerkschaftshaus eingerichtet werden.

Heidelberg, 9. Juni. Eine Konferenz der geistlichen und weltlichen evangel. Religionslehrer besahte sich in der vergangenen Woche mit dem neuen Entwurf der Biblischen Geschichte, worüber Prof. Dr. Frommel Bericht erstattete. Wegen des Stoffauswahl wurden keine Bedenken erhoben. Dagegen erklärte man die Sprache nicht für leicht verständlich. Fast alle Redner bestritten die Einführung der Hebräischen Geschichte, die als Volkshuch heute noch zu den besten Erzeugnissen der Literatur gehöre.

Heidelberg, 10. Juni. Der dem. Abg. Dr. Gothein ist schwer erkrankt und befindet sich in einem hiesigen Sanatorium. Durch die Berufung des Prof. Max Weber nach München wird wohl dessen Gattin, Frau Marianne Weber, die einzige demokr. Abgeordnete im bad. Landtag, aus der Kammer ausscheiden. An ihrer Stelle dürfte Deleonomierat Viehauer-Rastatt in das Parlament einziehen.

Bruchsal, 10. Juni. Hier wurden mehrere Personen wegen umfangreicher Tabakdiebstähle festgenommen.

Mühlheim, 10. Juni. Auf die Ausschreibung des Bürgermeisterpostens sind 33 Bewerbungen eingelaufen. Der bisherige Bürgermeister Dr. Nikolaus hat sich um das Amt nicht mehr beworben.

Weinheim, 10. Juni. Bei einem Einbruch in die Villa des Dr. Friedr. Karl Freudenberg schossen die Täter auf den Besitzer und verletzten ihn schwer.

Freiburg, 9. Juni. Der Freiburger Ortsauschuß vom Roten Kreuz hat der Stadt aus seinen Ueberschüssen den Betrag von 100 000 Mk. in Kriegsankleibe mit der Maßgabe überwiesen, daß die Summe für die Zwede des Heimatdienstes in hiesiger Stadt zur Verwendung gelangen solle.

Rippberg b. Waldbühl, 9. Juni. In voriger Woche war es hier zu Viderfechtigkeiten gekommen, als die Gendarmerie wegen Forstdiebstahls-Erhebungen unternehmen wollte. Ein Teil der Einwohnerchaft hatte in der Annahme, der fürstl. Leiningerische Wald sei schon Gemeindevwald, dort Holz gehauen und nach Hause ge-

führt. Die Gendarmen mußten unverrichteter Sache abziehen. Am Freitag früh wurde nun Rippberg von einem 40 Mann starken Gendarmerieaufgebot umstellt, die Verhaftungen vorgenommen und die Verhafteten nach Rossbach ins Gefängnis geführt.

Sodenheim, 10. Juni. Bei einem hier einlaufenden Güterzug standen drei mit Torf beladene Güterwagen in Flammen. Zwei davon konnten entladen werden, während der dritte bis auf die Eisenbahn verbrannte. Das Feuer ist anscheinend durch Funken aus der Lokomotive entstanden.

Wolfsch, 9. Juni. Das neue Notgeld des Amtsbezirks Wolfsch ist zur Ausgabe gelangt und zwar 50- und 10-Pfennigstücke.

Siberach, 9. Juni. Hier fand man bei einer Hausdurchsuchung im Keller in einer Nischenkiste die Knochenreste eines neugeborenen Kindes. Man vermutet, daß das kleine Wesen lebend oder tot verbrannt worden ist.

Meersburg, 10. Juni. Für den Bürgermeisterposten liegen 17 Bewerbungen vor. In die engere Wahl kommen Dr. Mosl, geb. in Meersburg und Reichsreiber Rod aus Sadingen.

Meersburg, 10. Juni. Amtlich ist festgestellt, daß von März bis September 1918 nach Meersburg 419 Pfund Käse geliefert wurden, über deren Verbleib sich das Rathaus nicht ausweisen kann.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck behält seine günstige Lage, aber die flachen Einsenkungen erhalten sich gleichfalls. Am Donnerstag und Freitag ist sommerlich warmes, aber vielfach gewittriges Wetter zu erwarten.

Sommertage. Am 8. und 9. Juni zeigte der Wärmemesser 29½ und 31½ Grad Celsius.

Schlechte Zeiten für die Zeitungen. In einem Notizheft aus dem Buchdruckgewerbe gestaltete sich die außerordentliche Plenarversammlung des süddeutschen Kreises des Deutschen Buchdruckervereins in Stuttgart. Prinzipalität und Gehilfenchaft konnten sich bei einer mehrtägigen Sitzung in Berlin Mitte Mai über die neuen Forderungen der Gehilfenchaft nicht einigen, und so dekretierte das Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium folgende Löhne: Mit Wirkung vom 5. Mai ab soll in sämtlichen Orten mit Vokalzuschlag bis zu 5 Prozent den Buchdruckergehilfen eine neue Teuerungszulage von 15 Mk. pro Woche, in Orten mit über 5 bis 10 Prozent Vokalzuschlag 18 Mk. und in Orten über 10 Prozent Vokalzuschlag eine solche von 20 Mk. gewährt werden, zahlbar ab 5. Mai gültig bis 31. Aug. ds. Js. An Ferien soll gewährt werden: bei einer Beschäftigungsdauer von 9 Monaten im Betriebe 5 Tag, Urlaub, für jedes weitere Beschäftigungsjahr 1 Tag mehr bis zur Höchstgrenze von 15 Arbeitstagen. Die Versammlung der württ. Buchdruckerbesitzer erklärt dazu: Durch die fortgesetzte sich überschneidende, aller tariflichen A-machungen spottenden Lohnforderungen wird jede gesunde Vorau-berechnung unmöglich gemacht. Wohin eine solche Lohnpolitik führen muß, wird besser als alle Worte die bittere Erfahrung der nächsten Zeit lehren. Daß die Tarifgemeinschaft derartige Belastungsproben nicht mehr erträgt, bedarf keiner Begründung. Dazu kommt die unablässig einsetzende Papierpreiserhöhung; es kommt hinzu der Ausfall an Arbeitsstunden von 1 bis 2 Monaten infolge des Urlaubs der Gehilfen, während die Lohnzahlung weitergeht. Das sind derartige Anforderungen, daß die Zeitungen notwendig abermals einhellig zur Erhöhung des Abonnementspreises schreiten müssen. Die Lohnerhöhung betrug rund 40 Mk. pro Mann und Woche oder rund 2000 Mk. pro Mann und Jahr seit Juli v. Js.

Offiziere aus dem Mannschafskande. Aus Berlin wird uns mitgeteilt: Dieser Tage wurde die erste Reihe von Unteroffizieren zu Leutnants befördert. Es sind lauter erprobte Männer, die im Kampfe um Deutschlands Dasein in vorderster Linie gekämpft haben und die treu der Regierung beistanden, als schwere Erschütterungen den Bestand des Reichs bedrohten. Der Reichswehrminister sprach persönlich den Beförberten seine Glückwünsche aus und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß ein Ziel, für das er Jahrzehntelange gekämpft habe, endlich verwirklicht worden sei, die Ueberbrückung der Kluft zwischen Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren. Er legte a. a. den Neubeförberten die Pflicht ans Herz, die jetzt aus der Beförderung zum Offizier ihnen erwachse, durch großen Eifer, Klugheit und Umsicht stets zu beweisen, daß nur wirkliche Tüchtigkeit zum wahren Führer berechtige.

Gute Behandlung in amerikanischen Gefangenenlagern. Ein vom 1. d. M. stammender Brief eines Arbeiters aus Weilmordorf, der aus einem amerikanischen Gefangenenlager schreibt, gibt ein erfreuliches Bild von der Lage der dortigen Gefangenen. Zwar klagt der Schreiber über das Abgeschnittensein von der Heimat, er weiß zu berichten von sehr strenger Arbeit bei Wind und Wetter, aber was ihn dennoch bei gutem Mut erhält, das ist die gute Behandlung und Verpflegung. Darüber schreibt er: „Will auch einiges über unsere Verpflegung schreiben, und da kann ich gar nichts anderes schreiben als sehr gut. Wir bekommen so viel und so gut zu essen, daß auch jeder Hungerige satt wird, es wird oft nicht einmal alles aufgegessen, so daß wir immer denken müssen: wenn das nur unsere Angehörigen hätten. Unsere Bekleidung ist auch sehr gut. Und was ich von der Behandlung sagen kann, auch wieder nichts als gut. Der amerikanische Kapitän, welcher unsere Kompanie führt, ist ein lieber und guter Mann. Er sorgt für jeden Gefangenen, so viel in seinen Kräften steht. Wir können ja glücklich sein gegenüber den anderen; denn ich war über zwei Monate beim Engländer im Lager, und da kann ich von nichts Gutem schreiben.“

Rechtsbericht. In der neuesten Nummer des „Weinbau“ wird berichtet: Winterlich raude Tage reichten sich den ganzen April hindurch aneinander bis zum 3. Mai. — Dann war es auf einmal Frühling und seitdem behielt helles, regenloses Wetter die Oberhand. Die Nächte blieben ziemlich kühl: am 10. Mai

gab es sogar einen leichten Spätfröht, der in niederen Lagen da und dort einige zarte Schiffe vernichtete. Von einem "Kenditen" der Weindarft konnte man in diesem Jahr erst etwa vom 17. Mai an sprechen. Im Jahre 1917, dem guten Weinjahr, war die Entwicklung des Rebstocks trotz spätem Ausbruch um diese Zeit schon viel weiter voran. Man kann mit dem Ausbruch im großen ganzen recht zufrieden sein; soweit er da und dort etwas Mindererfolg brachte, trugen hieran teils das Bezählen, teils auch die Februartrostschäden. Auch der Fruchtanfang ist bei allen Sorten vorläufig vielversprechend. Das langsame und späte Erwachen der Vegetation trug dazu bei, daß die verschiedenen Weinbergsarbeiten rechtzeitig vollendet werden konnten. Eine wichtige Betätigung bestand in dem Auslegen der eisernen Felder mit Blind- und Wurzelreben. Von Schädlingen trat in diesem Jahr in ganz auffälliger Verbreitung und Heftigkeit die Rebenblattmilbe auf. Auch die Moten des Neuwurms machten sich schon seit Mitte Mai bemerkbar.

Der Sommerfahrplan. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen teilt mit: Nach dem am 1. Juni in Kraft getretenen Sommerfahrplan werden 47 Prozent der Personenzugkilometer des letzten Friedensfahrplans gefahren. Die Leistungen sind ebenso hoch, wie sie für den vergangenen Winter vorgeesehen waren. Bekanntlich hat sich der Winterfahrplan nicht durchhalten lassen. Es wurde nötig, mit den Fahrtleistungen bis auf 34 Prozent des letzten Friedensfahrplans herunterzugehen. Die Bedienung des Arbeiterverkehrs begegnet heute ganz besonderen Schwierigkeiten. Seit der Staatsumwälzung haben die Arbeitszeiten der gewerblichen Arbeiter immer wieder gewechselt; schon die Einführung des Achtstundentags hat die Eisenbahnverwaltung vor neue Aufgaben gestellt. Änderungen eines Fahrplans während eines Abschnitts müssen möglichst vermieden werden. Dies geschieht in erster Linie die Rücksicht auf die Betriebssicherheit. Heute aber liegt die Sache so, daß schon der Mangel an Betriebsmitteln regelmäßig verbietet, neuen Wünschen Rechnung zu tragen.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 10. Juni.** (Auflösung.) Die Reserve-Sicherheitskompanien des Landes sollen aufgelöst werden. Zwischen diesen Kompanien und den Soldatenräten besteht ein gespanntes Verhältnis, das wohl mitbestimmend ist.

(-) **Stuttgart, 10. Juni.** (35 Millionen.) Durch einen 5. Nachtragsetat werden weitere 35 Millionen Mark angefordert, und zwar 10 Millionen als Zuschüsse für Wohnungsbauten, 3 Millionen für Notstandsarbeiten, 10 Millionen für Ueberteuerungszuschüsse und 12 Millionen für Erwerbsloshilfe. Die 35 Millionen sollen durch Anleihen aufgebracht werden.

(-) **Stuttgart, 10. Juni.** (Die Verwaltungsbeamten.) Die heutige Landesversammlung des Vereins württ. Verwaltungsbeamten findet am nächsten Sonntag vormittag im Oberen Museum hier statt.

(-) **Stuttgart, 10. Juni.** (Der Pfingstverlehr.) Der Andrang zur Eisenbahn über die Pfingstfeiertage war so groß, daß schon am Samstag Einschränkungsmaßnahmen, zunächst zeitweilige Schließung der Fahrkartenschalter, am Sonntag und Montag auch zeitweilige Schließung des ganzen Bahnhofs notwendig wurden.

(-) **Stuttgart, 10. Juni.** (Die Einteilung der Personenzüge.) Von Donnerstag, den 12. Juni, an werden verkehrsweise alle nach und ab Stuttgart abgehenden Personenzüge in der Weise zusammengefaßt, daß bei den Zügen ab Stuttgart zunächst an der Drehscheibe die Stammwagen 4. Klasse stehen, denen sich die Wagen 3. Kl., 2. Kl., sodann die Verstärkungswagen 4. Kl. anschließen. Die Züge nach Stuttgart treffen hier ein: Lokomotiv, Gepäckwagen, Wagen 4. Kl., Wagen 3. Kl., 2. Kl., sodann die Verstärkungswagen. Bei den stärker ausgerüsteten, insbesondere den dem Berufsverkehr dienenden Personenzügen laufen also die Wagen 2. und 3. Klasse etwa in der Mitte des Zugs.

(-) **Degerloch, 10. Juni.** (Einbruch.) In der Nacht zum Pfingstsonntag wurde in die Fahrradbandlung von Julius Hörtig eingebrochen und Fahrräder und Fahrradbestandteile im Wert von 2500 Mk. gestohlen.

(-) **Ludwigsburg, 10. Juni.** (Gefährter Brandstifter.) Der 17 Jahre alte Schloßarbeiter Ferdinand Bauer, ehem. lger Fürstorgelgänger, wurde verhaftet. Er hat gesta den, die verschiedenen Brandfälle der letzten Zeit, durch die ein Schaden von etwa 300 000 Mark entstand, böswillig verursacht zu haben.

(-) **Badnang, 10. Juni.** (Lederdiebstähle.) In letzter Zeit sind wieder verschiedene Lederdiebstähle in Fabriken und Eisenbahnwagen begangen worden.

(-) **Mönsheim O.A. Leonberg, 10. Juni.** (Schieherri.) Ein Stuttgarter gab hier in den Straßen mehrere Schiffe ab. Er wurde festgenommen und 24 Stunden in Haft behalten. Er gab sich fälschlich für einen Beamten der Landespolizei aus.

(-) **Nagold, 10. Juni.** (Zu Tode geschleift.) In Unteraleim ist ein Kottweiler Gymnasiast, der in den Pfingstferien wollte, beim Futterholen mit dem Wagen tödlich verunglückt. Er wurde von einem durchgehenden Pferd zu Tode geschleift.

(-) **Vaagenargen, 10. Juni.** (Die gestohlene Aussteuer.) Einem hiesigen Mädchen, das dieser Tage heiraten wollte, wurde aus einem plombierten Eisenbahnwagen die gesamte Leib- und Bettwäsche gestohlen.

(-) **Mannheim, 10. Juni.** (Die gestohlene Ladung von drei Eisenbahnwagen, lauter Dreilichwaren im Wert von über 300 000 Mark, beschlagnahmt. Ein Gärtner in Würzburg hatte die Waren, wohl im Auftrag, vom dortigen Bekleidungsamt gekauft und suchte sie nach Mannheim zu verschleppen.

(-) **Stuttgart, 10. Juni.** (Prozess Hörnle.) Sechster Tag. Der Zeuge Fiegler, Mitglied des Landesauschusses des A- und S-Rats, macht im wesentlichen dieselben Angaben, wie die bereits vernommenen Mitglieder dieses Ausschusses. Mitglied Stetter gibt an, im Tagblattgebäude sei alles in Ruhe und Ordnung vor sich gegangen. Wenn man die Erwerbsloshilfe nicht herabgesetzt hätte, wäre die Demonstration vom 9. Januar unterblieben. An einen Sturz der Regierung habe man nicht gedacht. Minister Baumann habe gesagt, an der Herabsetzung der Sätze sei ausschließlich die Stadtverwaltung schuld. Die Haltung der Truppen vor dem Tagblatt sei so gewesen, daß es für die Besetzung des Tagblatts nicht zö-

war, sich ohne weiteres zu geben. Zeuge Redakteur Häl vom Neuen Tagblatt behauptet, wie seine Redaktionskollegen der Eingang zum Tagblatt war mit einigen Wagen wie mit einer Barrikade besetzt. Zeuge Hauptmann Freiberger v. Holz war am 8. Januar Führer der freiwilligen Sicherheitskompanie. Er hatte von der Zentrale des Sicherheitsdienstes (Leutnant Dahn) den Befehl, das Tagblattgebäude zu besetzen. So r- moils meine Freiwilligen beschimpft worden sind, habe ich noch nie schimpfen hören. Um 5 Uhr morgens stellte ich der Besatzung ein Ultimatum, binnen einer Viertelstunde abzutreten, widrigenfalls ich härteren laße. Nach Ablauf der Frist gab ich den Befehl zum gewaltsamen Eindringen. Wir drückten das Tor ein und standen der schußbereiten Tagblattbesatzung gegenüber, der später ein Teil meiner Leute in den Rücken kam. Da erst gaben sie die Waffen ab. Ich glaube, daß meine aus Reserveoffizieren und Studenten gebildete bürgerliche Sicherheitskompanie ein besserer Schutz für die Regierung war, als die 40-50 000 Mann Regierungstruppen, die damals in Stuttgart standen. Es ist ausgeschlossen, daß in der kritischen Nacht einer meiner Leute betrunken war. Das bestätigt der als Zeuge vernommene Leutnant Fahr von der Sicherheitskompanie. Hörnle erklärte mir im Tagblatt, er sei bereit, mit seinen Leuten das Gebäude zu räumen. Andere sagten: Nein, unter keinen Umständen! Auch behauptete, daß sie das Recht hätten, im Tagblatt zu sein, wir aber nicht. Zeuge Otto Kolb von der Sicherheitskompanie sagt aus: Es wurde öfters aus den Fenstern des Tagblatts herausgerufen: „Wir müssen bis morgen früh aushalten, dann kommen die Arbeiter und einsehen uns.“ Dies wurde allemal von der Menge unten mit den folgenden Rufworten beantwortet: „Ja, haltet nur aus!“

Höchst- u. d. Mindestpreise für Gemüse.

Vom 7. Juni bis auf weiteres.

Die Höchstpreise sind mit * bezeichnet.

		Groß-	Klein-
		handelspreis:	preis:
Selbst	1 Pfund	38*	45*
Schmittkohl	1 Pfund	35	40
Rhabarber	1 Pfund	30	35
Zwiebel	1 Pfund	50	60
Meerrettich	1 Pfund	70	80
Nettsche	1 Stück	15-32	20-40
Monatrettich (weiße und blau)	1 Pfund	15-32	20-40
Radieschen	1 Pfund	15-20	20-25
Zellerie	1 Stück	15-35	20-40

Konzert-Programm

der
KUR-KAPELLE WILDBAD
Leitung: Musikdirektor P. Frantz

Donnerstag, den 12. Juni,
vorm. 11-12 Uhr Trinkhalle

1. Choral: Sollt ich meinem Gott nicht singen.
2. Ouverture „Ray Blas“
3. Paraphrase über „Die Loreley“
4. Mazurka
5. Spinnerlied aus „Der fliegende Holländer“
6. Ungar. Tanz

Mendelssohn
Nowadba
Chopin
Wagner
Brahms

nachm. 3 1/2 - 4 1/2 Uhr Anlagen

1. Marsch „Mit Lanzen und Schwertern“
2. Ouverture „Die Verlobung bei der Laterne“
3. Goldelse, Gavotte
4. Angereichte Marschweisen
5. Leben heißt Lieben, Walzer

Schneider
Offenbach
Fuchs
Komzak
Jessel

Abends 8 1/2 Uhr im Kursaal

Opern-Abend

von Oscar Bolz, württblg. Kammersänger,
unter Mitwirkung der Kurkapelle.
Leitung: Musikdirektor Paul Frantz.

Amtl. Fremdenliste.

Verzeichnis der am 7. Juli angemeldeten Fremden.

In den Gasthöfen:

Gasth. zur alten Linde: Zimmendirektor, Dr. A. Habrillant, Heimerdingen. Leuz, Dr. Emil, Rsm., Mannheim. Doct. Dr. Karl, Rsm., Durlach.

Hotel Concordia: Drehmann, Dr. Rsm. mit Fr. Gem. und Sohn, Stuttgart. Fischer, Dr. Albert, Güterbeförderer mit Frau Gem., Horb. Koll, Fr. Elsa, Horb.

Gasth. zur Eisenbahn: Clemens, Fr. Christel, Rsm. Hotel gold. Hahn: Herdgen, Dr. Ed., Fabrikant, Alm.

Hotel gold. Stern: Peader, Dr. Aug., Bankdirektor mit Frau Gem., Ludwigsburg.

Pension Villa Hauselmann: Levy, Dr. Sigmund, mit Frau Gem., Charlottenburg. Kofke, Dr. Hein., Rsm., Berlin. Sprandel, Fr. Rosa, Ensfingen. Boll, Fr. Karoline, Ensfingen.

Gasth. zum Jägerhäble: Kall, Dr. C., Rsm., Damm.

Hotel Klump: Lehmann, Dr. Salomon, Rsm., Mannheim. Lehmann, Dr. Felix, Rsm., Mannheim. Schneider, Dr. Karl, Fabrikant, Kalen. Hund, Dr. G. Dr. Rechtsanwält mit Frau Gem., Jüben. Schmal, Dr. Max, Fabrikbesitzer, Jüthy. Schmal, Dr. Hans, Student, Jüthy. Bräuner, Dr. Emil, Rsm., mit Frau Gem., Würzburg.

Klumpys Quellenhof: Neumann, Dr. J., Fabrikbesitzer, Berlin-Wilmersdorf.

Villa Mathilde: Dieringer, Dr. Dr. mit S. Rottweil. Stahl, Dr. Hugo, Fabrikant mit S. und L., Stuttgart.

Hotel Post: Kraus, Dr. Dem., Rsm. mit Frau Gem., Berlin. Knöbler, Dr. Max, Fabrikant mit Frau, Schorndorf.

Sommerberg-Hotel: Winterer, Dr. Ab., Hauptm., Mannheim. Kofke, Dr. G., Direktor, Charlottenburg.

Seubert-Reuther, Fr. Bertha, Mannheim.

Gasth. zum Windhof: Herb, Frau Marta, Pforzheim. Herb, Dr. Heim., Profurist, Pforzheim. Pohl, Dr. W., Berlin. Marschall, Dr. Arthur, Rsm. mit Frau, Heilbronn.

In den Privatwohnungen:

Villa Helene: Mansfeld, Dr. Hugo, Fabrikbesitzer mit Frau Gem., Leipzig.

Frau Schwitzgäbele: Domian, Dr. Karl, Schiffsbauinspektor, München.

Zahl der Fremden 1683.

Eine Mahnung. Dasamtlich wird aus Berlin geschrieben: Eine Abordnung der inaktiven Untercorffiziere ist beim Reichswehrminister um Bewilligung von Entschuldigungsbeiträgen vorstellig geworden die nach ihrer eigenen Schätzung eine Ausgabe von etwa 2 1/2 Milliarden Mark erfordern würden. Eine derartige Ausgabe ist schlechterdings unmöglich, und man kann nicht begreifen, wie im gegenwärtigen Augenblick, wo die durch den Krieg geschaffenen Notstände und Schwierigkeiten unserer Feinde uns zu erwürgen drohen, ein so unüberlegtes Becklangen von deutschen Soldaten an die Reichsregierung gestellt werden konnte. Man erkenne hieran wieder einmal deutlich, daß in breiten Schichten unseres Volkes noch kein Verständnis für die bittere Lage des Vaterlands vorhanden ist. Es wäre endlich an der Zeit, daß der Gedanke, das Reich würde alle durch den Krieg geschaffenen Notstände und Schwierigkeiten beseitigen, aufgegeben wird. Einmal muß doch die Erkenntnis sich Bahn brechen, daß das materielle Wohl eines jeden Deutschen mit der Aufrechterhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit des verarmten Reichs unlösbar verknüpft ist.

Die Bezüge der Kriegsbeschädigten. Schon im Dezember wurden die Renten für verschiedene Kategorien Erwerbsbeschränkter bedeutend erhöht, durch den im Januar gewährte Verbesserungen wurde eine durchschnittliche Verdoppelung der Bezüge der 10 bis 50 Prozent Erwerbsbeschränkter erreicht. Auch Verarmten, deren Beschädigung bisher nicht als erwerbsbehindernd angesehen wurde, wie Einäugigen, durch Gesichtsverletzungen Entstellten und anderen wurde die Verhinderungszulage gewährt. Verdreifacht wurde die Zulage für Geistesranke, Erblindete und Schwerhörige. Seit dem 1. Juni wird auf alle monatlich zu zahlenden Bezüge und auf die Gebühren, welche dem Kapitalabfindungsgesetz zugrunde gelegt sind, ein Teuerungszuschlag von 40 Prozent gewährt. Diese Aufbesserungen ergeben für die verschiedenen Klassen der Beschädigten folgende Jahresrenten: für einen 100 Prozent Erwerbsbeschränkten, mit einfacher Verhinderungszulage, 2217,60 Mk.; für einen Kriegsblinden 3129 Mk. Ein nicht verarmter 50 Prozent Erwerbsbeschränkter erhält 1008 Mk. Eine Witwe mit vier Kindern hat eine Rente von 1836 Mk. Zunächst für ein Jahr dürfen die Gebühren der Kriegsbeschädigten weder herabgesetzt noch ihnen entzogen werden.

Reisen ins österreichische Alpengebiet. Vom 10. Juni an ist in Salzburg, Tirol, Oberösterreich und Steiermark die Bestimmung, daß die Einreise in diese Länder nur mit amtlicher Genehmigung erlaubt ist, aufgehoben worden, doch können die Landesregierungen jeden über die Dauer von drei Tagen hinausgehenden Aufenthalt von einer besonderen Bewilligung abhängig machen. Davon wird der Tourist mit wechselnden Zielen nicht betroffen. Nichtsdestoweniger wird es noch Anstände genug geben, vor allem im Hochgebirge selbst. Was insbesondere Vorarlberg betrifft, so haben außer im Gebiet des Hohen Freischen alle Wege, Wegweiser und Wegmarkierungen, aber auch die Hütten Rot gelitten. Militärische Besetzung durch Grenzschutzwachen und nachherige Anbräunung haben das ihrige getan, um die Douglas- und Tiliuna-Hütte unbewohnbar zu machen. Die bauliche Wiederherstellung wird den größten Teil des Sommers in Anspruch nehmen, die Ergänzung mit Notwegen und Decken nicht gleich möglich sein. Auch der Mangel an Lebensmitteln wird die Bewirtschaftung und Unterkunft sehr beschränken und einfach gestalten.

Vermischtes.

Wade in Bawaria. Das feindliche Ausland will die deutschen Waren bekanntlich ganz von seinem Markt verdrängen; es ist dazu aber nicht imstande, denn die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen trotzt der Restriktionsmaßnahmen. Besonders sind es die deutschen Porzellan- und Steingutwaren, die man draußen nicht entbehren kann, obgleich namentlich in Amerika während des Kriegs große Anstrengungen gemacht wurden, durch Gründung einschlägiger Fabriken Ersatz zu schaffen. Wie die „Vollborg Gazette“ meldet, soll nun in den Vereinigten Staaten ein Scheinweg dadurch geschaffen werden, daß Porzellanwaren in beschränkter Maße aus Bayern zugelassen werden. Da Bayern für den Weltkrieg nicht verantwortlich sei, damit man aber die Waren aus Preußen gleich erkenne, sollen sie den Stempel „Wade in Bawaria“ (hergestellt in Bayern) tragen. Vor Jahren suchte die englische Regierung, die deutschen Waren vom englischen Markt zu verdrängen, indem sie verbot, daß die aus Deutschland kommenden Erzeugnisse den Stempel „Wade in Germany“ tragen dürfen. Die Folge war, daß die mit „Wade in Germany“ gestempelten Waren in England besonders beliebt wurden und daß manche weniger gewissenhafte Geschäftsleute Englands ihre eigenen Waren mit diesem Stempel versehen, um den Wettbewerb bestehen zu können. Dadurch ist freilich auch vieler englischer Schuld mit unterlaufen und das hat dem guten Ruf der deutschen Ware in England oft mehr geschadet, als die neidische Verhinderung der Regierung.

Eisenbahnunglück. Ein von Hinkirchen kommender Zug mit deutschen Gefangenen wurde auf der Station von Saint Pierre von zwei englischen Lokomotiven von hinten angefahren. Zehn Wagen wurden völlig zertrümmert. Drei deutsche Gefangene, ein Soldat und ein englischer Sergeant wurden getötet, 25 Gefangene wurden schwer verletzt.

Todesurteil. Das Schöffengericht in Bochum verurteilte wegen des Handgranateneingriffs auf arbeitswillige Bergleute der Tische Engelsburg im Februar, wobei ein Bergmann getötet und mehrere verletzt worden waren, die Bergleute Heinrich Utgenannt und Wilhelm Elsing zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte außerdem zu zwei Jahren bezw. einhalb Jahren Gefängnis.

Stiftung. Der verstorbene Dr. med. Th. H. me hinterließ der Stadt Dresden eine halbe Million für die Unterstützung von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Pöken. In Eschhofen bei Linburg fand die schwarze Pöken ausgebrochen. Es wurden bisher 40 Fälle festgestellt.

Feldwirtschaft.

Ruß als Düng.

(Nachdruck verboten.)
Jedermann weiß, daß Ruß ein gutes Düngemittel ist, aber nur die wenigsten Gärtnereien und Landwirte wissen ihn als solchen zu schätzen wie er es verdient. Bei den meisten bleibt er ungenutzt, sei es, daß sie an seine Wirkung nicht recht glauben, oder daß sie die Mühschweiz, ihn gebrauchsfertig herzurichten, das ist nicht wirtschaftlich, denn der Ruß ist wirklich ein schätzenswertes Düngemittel, was kann mit geringem Mühe dazu gemacht

werden. Zudem hat der Kuh noch eine andere gute Eigenschaft, indem er zugleich zur Bekämpfung der Ungeziefer- und Schädlingsschnecke sehr beiträgt. Auf Gemüsebeeten, die mit Kuhmist befruchtet werden (aber mit Erde vermengt, damit ihn der Wind nicht wegführt) kommen Erdflöhe und dergl. Geschmeiß nicht auf. Aus diesem Grunde sollte der Kuh von keinem Gartenbesitzer achtlos ungenutzt beiseite geschafft werden. Sein Hauptnutzen besteht doch in seiner düngenden Kraft. Da empfiehlt es sich, ihn während des Winters zum Düngemittel herzurichten. Zu diesem Zweck wird er mit der doppelten Menge Kalk und der dreifachen Menge Erde vermengt. Diese Mischung läßt man einige Wochen ruhen. Hierauf wird dieselbe noch ein- oder zweimal durchgearbeitet, und der Dung ist fertig. Wenn der Frühling kommt, kann dieses Düngemittel zu allerlei Pflanzungen verwendet werden. Eine Ausdüngung zeigt ihre Wirkung bei allen Kulturen. Auch als Obstbaumdüngung ist Kuhmist weißlich zu verwenden, ebenso fördert er den Grasschnitt. Jeder Gartenbesitzer und Landwirt sollte deshalb den Kuhmist nach Möglichkeit ausnützen. Wer es bisher nicht getan hat, versuche es nur einmal, und er wird zweifellos von aller Geringschätzung des schwarzen Öfeninhalts zu dessen Wertschätzung gelangen, zumal die Herstellung keine große Mühe macht. **H. Gysieler.**

Gartenbau.

Die Düngung der Erdbeeren. Falls eine Erdbeeranlage vier Jahre stehen soll, ist es ratsam, den Erdbeeren zunächst nach dem Anwurzen im Herbst eine Kalkgabe in Höhe von 10 bis 15 Kilogramm auf 100 Quadratmeter Fläche zu geben. Daneben gibt man gleichzeitig 1 bis 1 1/2 Kilogramm Thomasmehl und 2 1/2 bis 3 1/2 Kilogramm 40prozentiges Kalisalz. Diese Düngung gebe man nicht vor dem Anlegen der Kultur, da die Erdbeerwurzeln verletzt und durch diese Düngemittel geädert werden und womöglich eingehen oder nur sehr langsam wachsen würden. Es ist daher am zweckmäßigsten, diese künstlichen Düngemittel sogar erst nach dem ersten kräftigen Frost zu geben. Im März füt man den oben angegebenen Kalk-, Kalisalz- und Thomasmehlgaben noch eine Mischung von 500 bis 750 Gramm Superphosphat und 2,5 bis 4 Kilogramm schwefelsauren Ammoniak hinzu. Mit Ausnahme des Kaltes wiederholt man die angegebene Düngung alljährlich. Im Frühjahr ist noch eine Kompostdüngung sehr empfehlenswert. Ebenso unterlasse man nicht die üblichen Pflegearbeiten, da sie neben der Düngung wesentlich zu guten Erträgen führen werden. Bei dem Streuen der künstlichen Düngemittel vermeide man jedes Bestreuen der Blätter.

Moss und Würmer im Rasen.

Beide geben sehr unliebsame Laubstellen im Rasen. Wo sie auftreten, hat man die alljährliche Arbeit und die Kosten der Ausbesserung und, da diese Arbeit nicht immer erfolgreich ist, auch noch die Ungewißheit des Erfolges. Gegen die Ueberhandnahme von Moss im Rasen — meistens die Folge von feuchtem Boden, der insofern der

Wasser gelauert ist — wendet man das Ausschalten des Mosses mit einer scharfzintigen Harke an, die zugleich den Boden kühlt, also durch Auflöserung entsäuert. Die Boden säure wird durch Kalkdüngung gebunden, besser noch durch Kainitdüngung. Man gibt etwa 50 Gramm von beiden auf 1 Quadratmeter und haßt diese mit der Harke ein.

Würmer vertreibt man durch durchdringendes Bewässern der befallenen Stellen mit einem Absud von Kalksalzenfrüchten oder von Walsnuffblättern. Deren Wirkung wird verstärkt, wenn die Brühe eine Wärme von etwa 40 Grad C. besitzt. Die Würmer werden davon getötet und erscheinen sofort an der Oberfläche, so daß sie abgelesen werden können. Das Mittel schadet den Pflanzen nicht.

Viehjudt.

Die Stärkenährstoffe (wie Stärkemehl, Pflanzenfaser, Zuckerarten, dienen zur Erzeugung der nötigen Körperwärme, ferner von Kraft und Fett. Durch das Fehlen der ausländischen Futtergerste und des Verbautes von Roggen und namentlich Hafer zur Viehfütterung fehlen uns diese jetzt 40 bis 67 v. H. Stärkemehl enthaltenden Futterstoffe namentlich zur Schweinefütterung. Einen teilsweisen Ersatz sollen die Rübenabfälle und Zuckerrüben bilden. Ein Ueberfluß ist dagegen an Zucker geworden. Zucker ist nicht bloß ein Genussmittel, sondern auch ein wertvoller Nährstoff. Ja er ist sogar der idealste, weil er allein im Wasser schon löslich keinen Verdauungsstoff und deshalb keinen Verdauungsanwand braucht. Zuckerrüben sind aber auch verdaut ein vorzügliches Nährmittel für die Bakterien, die dadurch schädliche Säuren erzeugen. Zur Bindung derselben und Unschädlichmachung ist daher eine Beigabe von der billigen Schlamm- oder Futterkreide, und zwar je nach der Zuckermenge 50 bis 100 Gramm auf 500 Kilogramm Lebendgewicht zu empfehlen. Pferde und Schweine verwerten den Zucker weit besser als Rinder. Von 1 Kilogramm reinem Zucker z. B. wurde erzeugt beim Schwein 281, bei Wiederfäuern nur 181 Gramm Körperfett. Als Zuckerrüben kommen in Betracht vergällter Zucker oder Futterzucker, Melasse und Melassemischungen, gekochte Zuckerrüben, Zuckerschnitzel und Zuckersälen.

Gemeinnütziges.

Drei Erdverschädlige.

Die schlimmsten Feinde der Erdbeere sind die Nachtschnecke, der Engerling und der Erdbeerflüher. Die Nachtschnecke wählt sich mit Vorliebe die jungen Triebe und die Früchte aus, und da, wo man bemerkt, daß die Früchte statt voll auszureifen, immer mehr zusammenschrumpfen, kann man mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß man hier mit diesem Tier zu tun hat. Am Tage sucht man vergeblich nach diesem Insekt, aber nachts, da finden sich diese Tiere zahlreich ein. Es ist daher das einzige Mittel, ihnen zu Leibe zu gehen, eine Nachtluche im Erd-

beerbeet vorzunehmen. Durch Ablesen und Begießen mit siedendem Wasser werden die Tiere rasch getötet. Ein anderes Mittel sind kleine Bretchen, die man zwischen die Pflanzen lose auf die Erde legt. Die Schnecken setzen sich dann an die Unterseite der Bretchen und können dann leicht abgelesen werden. Als weiteres Mittel wird das Bestäuben der Beete mit Kalkstaub oder pulverisiertem Jenoitritol empfohlen, doch muß man hierbei sehr vorsichtig vorgehen, damit die Früchte nicht bestäubt und dadurch ungenießbar werden. Enten und Kröten ertötigen die Nachtschnecken ebenfalls sehr rasch. Allerdings muß die Ente beaufsichtigt werden, weil sie auch an die Pflanzen geht. — Der Engerling verbohrt die Früchte, nährt sich aber von den Wurzeln. Um ihn zu vernichten, muß man die betreffenden Pflanzen herausziehen, die Wurzeln freilegen und so das Tier aussuchen und töten. Um aber seine Pflanzen gegen diesen Schädling nach Möglichkeit zu schützen, pflanze man zwischen die Erdbeerpflanzen Salat. Der Engerling wird sich dann an diese Wurzeln halten, die ihm viel besser munden, und läßt die Erdbeerpflanzen verschont. — Am verletztesten treibt der Erdbeerflüher sein Wesen. Er zerstört schon vor der Reife die Frucht, indem er an den Stengeln so lange nagt, bis sie welken und umfallen. Hat er sich erst einmal eingenistet, so ist es sehr schwer, ihn zu beseitigen, und nur durch tägliches Abkochen und Abschütteln der Pflanzen an jedem Morgen kann der Vernichtungstampf mit Erfolg geführt werden. **M. Tr.**

Hausameisen zu vertreiben.

Bekanntlich vertragen Ameisen keine scharfen Gerüche. Solche Mittel wende man darum zunächst an. Da die Ameisen in der Regel bestimmte Zugangsstrecken benutzen, so verleihe man ihnen diese Wege durch Auslegen folgender Dinge: Alaun, Alaunwasser, Branntwein, Fischwasser (worauf Fische gekocht wurden), alte Herlinge, Kampfer, Roschus, Insektengift, Naphthalin, Ofenruß, Petroleum, Abkochen von Tabakblättern, Tran auf Leinwandpapier. Auch mit Schlemmfleide oder Terpentinöl dicht gezogene Striche überschreiten die Ameisen nicht. Ferner säure man ihre Gänge und Schlupfwinkel auf und verschmiere dieselben mit Zement, dem etwas Petroleum zugesetzt ist. Ebenso ist eine dreiprozentige Jodlösung ein vorzügliches Mittel zu ihrer Vertreibung. Außerdem muß man die Ameisenwohnungen in der Nähe des Hauses ausfindig machen und durch ungelöschten Kalk, den man wiederholt in die Nester bringt, zu zerstören suchen. Petroleum und kochendes Wasser, in größeren Mengen in dieselben gegossen, tun auch dieselben Dienste.

Vom Wurm angestressene Weidenkörbe. Für den Bestand von Obst usw. werden Weidenkörbe, die ungeschält sind, häufig vom Wurm angegriffen und vernichtet. Hiergegen gibt es ein bewährtes Mittel. Dasselbe besteht aus warmgemachten, verdünnten Fluid und bestreicht die Körbe damit. Es kann aber auch Kupfervitriol dazu verwendet werden. Es ist ratsam, die Körbe möglichst frühzeitig vor dem Versandbeginn damit zu behandeln und nicht erst kurze Zeit vor diesem, da die Körbe tüchtig der Luft ausgesetzt werden müssen.

Bier = Wöchenspreis.

Durch oberamtliche Verfügung vom 26. Mai ds. J. wurden die Bierhöchstpreise für die hiesige Stadtgemeinde mit Beschränkung auf die Zeit bis 15. September ds. J. wie folgt festgesetzt:

a. Fassbier:

	Einheimisches	Nichtwürttembergisches
0,25 Liter	25 Pfg.	35 Pfg.
0,30 "	30 "	40 "
0,35 "	35 "	45 "
0,40 "	40 "	50 "
0,50 "	50 "	60 "
1,00 "	70 "	80 "

b. Flaschenbier:

bei Abgabe in der Wirtschaft 0,70 Liter . . . 70 Pfg.
" " " " über die Straße 0,70 " . . . 60 "

Wiltbad, den 10. Juni 1919.

Stadtschultheißenamt: Bäger.

Teigwaren.

Auf Lebensmittelmarke 80 wird abgegeben:
450 Gramm Teigwaren.
Listenschluß Donnerstag abend 6 Uhr.
Stadt. Lebensmittelamt.
Kappelmann.

Schutzimpfung gegen Schweinerotlauf.

Die Anmeldung der Schweine zur Schutzimpfung gegen Schweinerotlauf hat innerhalb 3 Tagen auf dem Meldeamt zu erfolgen.

Wiltbad, den 10. Juni 1919.

Stadtschultheißenamt: Bäger.

Forstamt Wiltbad.

Schlagraum-Verkauf.

Am Freitag, den 13. Juni 1919, abends halb 7 Uhr, kommt im Gasthaus zum „grünen Hof“ in Wiltbad der Schlagraum in Abt. 41 (Wasserkopf, 64 Laternenbüchel und 67 Mudenwäldle) öffentlich zum Verkauf.

Bücher u. feine Schreibwaren

empfehlen zu mäßigen Preisen **Geschn. Hum.**

Versteigerung.

Am Freitag, den 13. Juni 1919, von vormittags 9 Uhr an, kommen im Hause der Diakonissenstation, in Wiltbad, Wilhelmstraße A 152, nächst dem Parkhof, folgende Gegenstände zur Versteigerung:

17 Bettstellen mit Koff, Keilkissen, Koffhaarmatratze, Oberbett und Kissen, 4 Sofa, 2 Chaiselongue, 15 Nachttischchen, 9 Tische, 8 zweifache Kleiderkästen, 2 Kommode, 30 Stühle, 9 Nachttischchen, 10 Spiegel, 12 Waschgarnituren, Gläser und Flaschen, ca. 20 Wolldecken, mehrere Tischdecken, Läufer, Bettvorlagen, Vorhänge und noch andere Haushaltungsgegenstände.

Die Gegenstände sind größtenteils in sehr gutem Zustande und kommen wegen Aufgabe der Fremdenpension zur Versteigerung.

Wirt. Eisenbahnauktion Pforzheim.

Für die Bahnunterhaltung auf der Strecke Calmbach-Wiltbad werden

tüchtige Arbeiter

bei hohem Lohn sofort gesucht.
Meldestelle: Bauureau Calmbach.

Prima ausländische

Kernseife

in ca. 1 Pfund-Stücken
empfehlen, solange Vorrat, das Stück zu 11 Mark

Mannkuch u. Co.

Den **Grasertrag**

einer 16 ar großen Wiese bei der Bergbahn haben zu verkaufen
Fritz Schmid u. Sohn.

Vandestheater Wiltbad.

Heute abend

Der fidele Bauer.

Operette in 1 Vorspiel

und 2 Akten von Viktor Leon.

Empfehlung.

Am 1. Juli ds. J. trete ich von meinem Angestelltenverhältnis beim Militär-Bauamt Wiltbad zurück und werde dann mein

Architektur- und Bantechinisches Beratungsbüro für Hoch- und Tiefbau in Gannstadt wieder weiterführen, außerdem auch hier ein Zweigbüro unterhalten.

Ich erlaube mir, einer werten Einwohnerschaft mich für Beratungen in allen einschlägigen technischen Angelegenheiten zu empfehlen und bitte höflichst, mich für die Anarbeitung von **Sangebüden und Uebertragung von Bauleitungen für Villen, Geschäfts- und Industriegebäuden** in Konkurrenz ziehen zu wollen.

Beste Referenzen stehen zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Franz Rau,

Architekt, gepr. Baumeister, Wasserbautechniker und beedigter Baumeister, Hauptstr. 84.

Fußball-Verein

Heute abend 8 Uhr **Ausflug** im Gasth. d. alten Linde.

Euche für mein Wartezimmer besseres, intelligentes

Mädchen

zum Eintritt auf 15. Juni.
Dr. med. Lorenz.

Zuverlässiger

Pferdeknecht

sowie ein **Schnuppenarbeiter** können sogleich eintreten.

Güterbeförderer Bth.

Neue, zweireihige

Ziehharmonika

ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition ds. Bl.

Zum

Slavierhimmeln

empfehlen sich.

Mar. sagt die Geweb.

Damen-Mädchen-Bekleidung

Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen.

Morgen-Röcke, Morgen-Jacken u. Unterröcke.

L. Berner

Pforzheim, Ecke Metzger u. Palmengasse

